

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925**

14.1.1925 (No. 11)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Ergebnis:  
Karlsruher  
Zeitung Nr. 14  
Verleger:  
Nr. 958  
und 954  
Verlagskonto  
Karlsruhe  
Nr. 3516

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. K. u. v.  
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,50 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zeilenbreit. Preis und Gebot frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und vorzuziehen ist, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anträge auf Abrechnung sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern behandelt. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitragszahlung und Kontourverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Erbenhaftung

Von Rechtsanwalt Friedrich Schauer in Freiburg i. Br.

Schon früher war der Erbe nicht immer „der lachende Erbe“, wie das geflügelte Wort sagt. Häufig kam das bittere Ende nach, wenn sich herausstellte, daß der Erblasser überschuldet war, und der Erbe anstatt zu „erben“ Opfer bringen mußte, um Schulden zu bezahlen.

In der Jetztzeit, in der in Deutschland sehr viele Vermögen verloren gegangen sind, (Mittelstand) und viele Geschäftsleute insbesondere der Inflationszeit geschäftlich zusammengebrochen sind, hat sich die Möglichkeit, durch Erbschaft ins Unglück zu kommen, bedeutend vergrößert. Denn der vermehrte Mittelstand war gezwungen, auf seine wenigen Wertsachen wie z. B. Möbel, Schmuck, Darlehen zur Erlangung einer Unterhaltsrente aufzunehmen, welche mit der Zeit den Wert der von ihm verpfändeten Sachen übersteigt, so daß beim Ableben des Darlehensnehmers noch Schulden an den Darlehensgeber übrigbleiben, welche von den Erben zu tragen sind. Das gleiche tritt leicht für die Erben von Geschäftsleuten ein, welche verschuldet sind.

Wer aber vermöchte in der heutigen wirtschaftlich so schweren Zeit noch instand zu sein, nun vielleicht bedeutende unvorhergesehene Verbindlichkeiten aus einer ihm angefallenen Erbschaft einzulösen.

Es wird daher von allgemeinem Interesse sein, sich darüber klar zu sein, wie man solchen Gefahren entgegen gehen kann, d. h. wann die Erbenhaftung für die Nachlassverbindlichkeiten eintritt und wie man sich derselben entziehen kann.

#### Wann haftet der Erbe für die Nachlassverbindlichkeiten?

Wenn er nicht innerhalb 6 Wochen — 6 Monaten, wenn er sich im Ausland aufhält — nachdem er von dem Erbfall und dem Grunde der Vererbung (ob durch gesetzliche Erbfolge oder durch Testament) Kenntnis erlangt hat, dem Nachlassgericht gegenüber die Erbschaft ausgeschlagen hat.

Weiß aber in den meisten Fällen der Erbe, ob nach Erfüllung der Verpflichtungen aus der Erbschaft noch etwas für ihn übrig bleibt oder aber, ob er die Erbschaft ausschlagen muß, um nicht gar Verluste zu erleiden? Keineswegs deshalb hat das Gesetz ihm Mittel gegeben, die Haftung mit seinem eigenen Vermögen auszuschließen.

#### Wofür haftet der Erbe?

Für die Nachlassverbindlichkeiten. Zu diesen gehören außer den von dem Erblasser herrührenden Schulden die den Erben als solchen treffenden Verbindlichkeiten, insbesondere die Verbindlichkeiten aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen, für die Kosten der Beerdigung des Erblassers, für Unterhalt und Wohnung der Familienangehörigen, welche dies zur Zeit des Todes des Erblassers von diesem bezogen haben, für 30 Tage nach dem Tode.

#### Wie kann der Erbe seine Haftung beschränken?

Nur indem er

- a) ein Verzeichnis des Nachlasses (Inventar unter Zuziehung eines zuständigen Beamten oder Notars aufnimmt und es dem Nachlassgericht einreicht;
- b) Eine Nachlassverwaltung oder (im Falle der Überschuldung des Nachlasses) den Nachlasskonkurs beim Nachlassgericht (Amtsgericht des Wohnsitzes des Erblassers) beantragt.

Benutzt der Erbe diese Rechtsbehelfe nicht, d. h. läßt er nur 6 Wochen verstreichen, ohne das Inventar zu erstellen und die Nachlassverwaltung bezw. den Nachlasskonkurs herbeizuführen, so muß er mit seinem ganzen Vermögen für die Erfüllung der Nachlassverbindlichkeiten eintreten.

#### Inwieweit kann der Erbe seine Haftung beschränken?

Auf den Nachlaß, d. h. er muß dann nur den Nachlaß zur Erfüllung der Nachlassverbindlichkeiten herausgeben und braucht, insofern die Nachlassverbindlichkeiten größer sind als der Wert des Nachlasses, dieselbe nicht aus seinem eigenen Vermögen bezahlen.

In allen Fällen also, in welchen der Erbe nicht sicher weiß, daß nach Bezahlung der Schulden des Erblassers und der oben genannten zahlreichen anderen Nachlassverbindlichkeiten noch Werte für ihn übrig bleiben — und das ist schwer innerhalb der Ausschlagungsfrist festzustellen — muß der Erbe die obengenannten Rechtsbehelfe a und b geltend machen.

### Die Regierungsbildung im Reich

#### Die Bemühungen Luthers

In einer Dienstagabend ausgegebenen halbamtlichen Mitteilung, wonach am heutigen Mittwoch die Vertrauensbildung des Reichsfinanzministers Dr. Luther mit der Kabinettbildung erachtet werden dürfte, wissen Berliner Meldungen wenig Ergänzendes hinzuzufügen. Die „Reichsische Zeitung“ behauptet, daß Dr. Luther mit den Fraktionsführern am Dienstag am späten Abend eine Verständigung erreicht habe, und daß nur noch die Zustimmung der Fraktionen, insbesondere der Deutschnationalen und des Zentrums, ausstünde. Als Vertrauensmänner der Fraktionen in dem Kabinett werden von den Blättern Bolkow, Dr. Stresemann, Dr. Brauns und Graf Werdenfeld (Bayerische Volkspartei) genannt. Als außerparlamentarische Minister kämen dazu die bisherigen Minister Dr. Gehler und Graf Kanitz, sowie die neuen Sachminister.

Die Situation am Dienstagabend war der „Frankf. Ztg.“ zufolge folgende: Dr. Luthers Plan war, wie man weiß, dahin gegangen, daß jede der beteiligten Fraktionen von den Deutschnationalen bis zum Zentrum durch einen politischen Minister in der neuen Regierung vertreten sein sollte; die übrigen Mitglieder des Kabinetts sollten „Sachminister“ sein, aber im ganzen doch den beteiligten Parteien nahe stehen, so daß auf jede Fraktion ein politischer Minister und einer der sogenannten „Verbindungsmänner“ entfallen würde. Die Forderung, welche die Deutschnationalen Luther Dienstag nachmittag übermitteln ließen, gingen jedoch dahin, daß die Deutschnationalen nicht nur mit einem politischen Minister und einem Verbindungsmann im Kabinett vertreten sein müßten, sondern darüber hinaus noch zwei weitere politische Minister zu stellen hätten, wobei Graf Kanitz ihnen nicht zugerednet werden dürfte. Ähnlich soll die Deutsche Volkspartei für sich zwei politische Posten und einen Verbindungsmann verlangen. Die Zentrumspartei verzog sich daraufhin auf Mittwoch mittag.

#### Der Altestenrat des Reichstags

wurde erneut auf heute Mittwoch nachmittag 3 Uhr, also 1 Stunde vor der Plenarsitzung einberufen. Der Vorstand des Reichstags tritt am heutigen Mittwoch bereits um 11 Uhr zu einer Sitzung zusammen; außerdem halten sämtliche Fraktionen vor der Plenarsitzung am Mittwoch Sitzungen ab. Nach der Plenarsitzung treten die Ausschüsse für das besetzte Gebiet, für die Kriegsbefähigungsaussagen und für die Aufwertung zu ihren konstituierenden Sitzungen zusammen.

### Das Ergebnis der Pariser Finanzkonferenz

Die Hauptzüge der Abmachungen, die die alliierten Finanzminister in Paris getroffen haben, sind nach dem Matin die folgenden:

Die militärischen Besetzungskosten für die Ruhrbesetzung werden auf den Wert der erzielten Sachlieferungen angerechnet, wodurch Frankreich Belgiens Schuldner für einen Betrag von etwa 100 000 000 Goldmark werden wird. Nach Liquidierung des Ertrages der Ruhrbesetzung wird die belgische Prioritätsforderung, die augenblicklich noch 120 Millionen Goldmark beträgt, getilgt sein und zwar im Laufe von etwa zwei Jahren. Von diesem Zeitpunkt ab wird Belgiens Anspruch an den deutschen Reparationszahlungen von 8 auf 4,5 Prozent herabgesetzt und von den verbleibenden 3,5 Prozent erhält Amerika 2,25 Prozent und der Rest wird auf Frankreich und England verteilt. Die Forderung Amerikas auf Reparationen beläuft sich auf 750 Millionen Goldmark, die innerhalb von drei Jahren getilgt sein sollen. Was die amerikanischen Besetzungskosten anbelangt, so sollen sie in 17 Jahreszahlungen zurückbezahlt werden. Der prozentuale Anteil, der in Spa festgesetzt wurde, wird offiziell nicht abgeändert; aber bevor er in die Ausführung treten kann, müssen folgende Prioritäten geregelt sein: Besetzungskosten im Rheinland (160 Millionen Goldmark); Kosten für die verschiedenen Kommissionen (30 Millionen Goldmark) und Anleihebank (80 Millionen Goldmark). Nachdem diese Zahlungen getilgt seien, werde der Rest der belgischen Kriegsschulden dazu verwendet, zu gleichen Teilen Frankreich, England und den Vereinigten Staaten, die Gläubiger Belgiens sind, übermittelt zu werden. Hieron gehen 2,25 Prozent an die Vereinigten Staaten für ihre Kriegsschulden, so daß also im ganzen rund 600 Millionen Goldmark im ersten Jahre zur Verteilung an die Alliierten zur Verfügung stehen.

Paris, 14. Jan. Amtlich. Die Konferenz der Finanzminister hat gestern nachmittag eine Vollendung abgefaßt. Da der endgültige Text des Abkommens in französischer Sprache noch nicht gedruckt werden konnte, konnte der Austausch der Unterschriften aller Delegationen noch nicht erfolgen. Morgen Vormittag soll die Mitteilung des endgültig festgestellten Textes und die letzte Beratung der Konferenz stattfinden.

Die Militärkontrolle in Österreich. Amtlich wird aus Wien gemeldet: Militärkontrollkommissionen haben am Samstag, dem 11. d. M., vormittags ohne Begleitung österreichischer Offiziere die Grenze und Geschäftsstelle der Staatsfabrik Semmering-Hainz besucht. Die Vorräte der Staatsfabrik wurden erneut genau registriert, worauf die Kontrollkommissionen den Bereich der Staatsfabrik wieder verließen.

Soughton amerikanischer Votschaffer in London. Havas meldet aus Washington: Präsident Coolidge hat den amerikanischen Votschaffer in Berlin, Soughton, zum Nachfolger Kelloggs als amerikanischer Votschaffer in London ernannt.

### Politische Neuigkeiten

#### Das Reichsbanner für den Reichspräsidenten

Wie das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ mitteilt, fand am Dienstag auf dem Gendarmenmarkt in Berlin eine Kundgebung des Berliner Reichsbanners statt, auf welcher eine Ansprache gehalten wurde, in der dem Reichspräsidenten das Vertrauen ausgesprochen, eine starke, zuverlässige und republikanische Regierung gefordert und gegen die Nichträumung der Kölner Zone Einspruch erhoben wurde. Nach einem auf den Reichspräsidenten Ebert ausgebrachten Hoch begab sich eine Abordnung zum Reichspräsidenten.

Der Berliner Gauborsitzer des Reichsbanners, Koch, hielt eine Ansprache, in der er erklärte, daß sich das Berliner Reichsbanner versammelt habe um gegen die Verleumdungen und gegen die Hebe, die gegen den Reichspräsidenten unternommen worden seien, ihre Empörung auszudrücken und für alles das, was der Reichspräsident in den letzten Jahren für Deutschland geleistet habe, den Dank auszusprechen. Es sei klar, daß die ganze Hebe den Zweck habe, diejenigen Parteien, die Gegner des demokratischen Gedankens und damit auch der republikanischen Staatsform seien, an die Macht gelangen zu lassen. Er hege jedoch die feste Überzeugung, daß es dem Reichspräsidenten gelingen werde, einen Weg zu finden, der den am 7. Dezember zum Ausdruck gebrachten Wünschen der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes nach einer starken, zuverlässigen republikanischen Regierung gerecht werde. Das Reichsbanner erblicke in der Person des Reichspräsidenten den Mann, der in der Schaffung einer wahren deutschen Volksgemeinschaft bisher den richtigen Weg gegangen sei, und sei gewillt, ihn auch weiter als Führer in dieser Frage anzuerkennen. Treu und unerschütterlich stünde das Reichsbanner hinter dem Reichspräsidenten, dem es helfen wolle, den wahren und freien deutschen Volksstaat aufzubauen.

Der Reichspräsident antwortete: „Ich danke Ihnen herzlich für das, was Sie mir gesagt haben. Ihre Worte waren mir eine persönliche Genugtuung bei allen Widerwärtigkeiten der letzten Wochen. Sie müssen sich klar darüber sein, daß Ihre Wünsche nicht reiflos erfüllt werden können, da mir durch die Verfassung bestimmte Grenzen gezogen sind, die ich nicht gewillt bin, zu überschreiten. Ich werde natürlich, freudig, wie ich es bisher getan habe, meine Pflicht im Dienste des Vaterlandes erfüllen und bitte Sie, Ihren Kameraden meine herzlichsten Grüße und meinen Dank übermitteln zu wollen.“

#### Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen

stehen augenblicklich unter dem Zeichen der neuen französischen Vorschläge, auf die am heutigen Mittwoch nachmittag die deutsche Delegation antworten will.

Der neue französische Vorschlag stellt insofern ein Novum dar, als er den Charakter nicht mehr eines modus-vivendi-Abkommens, sondern eines zeitlich kurz befristeten Handelsvertrags darstellt. Es soll nach den französischen Wünschen für die Dauer des laufenden Jahres in Kraft bleiben. Auch die Verhandlungsgrundlage ist eine völlig neue. Frankreich verzichtet auf die ursprünglich reklamierte totale Weltbegünstigung. Es fordert diese nur noch für einen Teil der für die französische Ausfuhr in Betracht kommenden Artikel. Auch in der Frage der elsaß-lothringischen Kontingente scheinen die französischen Ansprüche diesmal wesentlich herabgemindert zu sein. Quantitativ wesentlich reduzierte Kontingente für die zollfreie Einfuhr werden darin nur noch verlangt für gewisse Erzeugnisse der Textilindustrie und der eisenverarbeitenden Industrie Elsaß-Lothringens, nicht mehr dagegen für die schwerindustrielle Produktion, für Wein usw.

Ein vorläufiges deutsch-polnisches Wirtschaftsabkommen ist abgeschlossen worden auf der Grundlage, daß jeder der vertragschließenden Teile auf die in sein Zollgebiet zur Einfuhr gelangenden Waren des anderen Teiles die jeweiligen Sätze seines allgemeinen autonomen Zolltarifs anwenden wird. Beide Länder werden von Retorsionsmaßnahmen absehen. Die allgemeinen Handelsvertragsverhandlungen zwischen den beiden Ländern werden am 1. März beginnen.

#### Bayerischer Protest gegen die Nichträumung

In der ersten Plenarsitzung des bayerischen Landtages im neuen Jahre gaben am Dienstag vor Eintritt in die Tagesordnung Präsident Königsbaur und Ministerpräsident Held feierliche Erklärungen ab, worin gegen die Nichträumung der Kölner Zone nachdrücklich Protest erhoben wurde. Der Ministerpräsident erklärte u. a.: Die vertragmäßige Räumung sei die selbstverständliche Voraussetzung für die von Deutschland im Londoner Abkommen übernommenen Verpflichtungen. Wie bei der Ruhrbesetzung sei auch diesmal von den Alliierten behauptet worden, Deutschland habe den Friedensvertrag nicht erfüllt. Vorläufige von der Militärkontrollkommission gemachte Mitteilungen, die sie der deutschen Regierung nicht zur Kenntnis brachte, sei als Unterlage für einen solchen Schritt betrachtet worden. Das bedeute alle schönen Worte über die Befriedung und den Wiederaufbau, wenn die Fakten mit ihnen so sehr in Widerspruch stünden. Wo sollten die von Deutschland verlangten Leistungen herkommen, wenn man Deutschland den Arm lähme, die Seele immer wieder vergifte und den zur Vollenbung des Werks notwendigen Willensimpuls schwäche. Der Minister schloß mit der Versicherung der Anteilnahme mit dem Schicksal der rheinischen und pfälzischen Bevölkerung und der Erklärung, daß jede neue Unbill nur das Band der Zusammengehörigkeit dieser Bevölkerungsteile mit dem übrigen Deutschland enger knüpfen werde.

## 2. Regierungserklärung in Braunschweig

Im braunschweigischen Landtag gab zu Beginn der Sitzung Minister Warquardt die Regierungserklärung des neu gewählten Staatsministeriums ab. Danach wird das Staatsministerium die Regierungsgeschäfte unter Ablehnung jeder parteipolitischen Einstellung führen. Es wird äußerste Sparsamkeit im Staatshaushalt walten lassen. Die steuerliche Belastung soll auf ein für die Wirtschaft tragbares Maß gemildert werden. Die Auseinandersetzung mit dem herzoglichen Hause soll unter Wahrung des Rechtsstandpunktes beider Teile in Angriff genommen werden. Der Aufwertungsfrage wird besondere Beachtung geschenkt werden. Die Regierungserklärung spricht sich für die Förderung der Bauwirtschaft, die Schaffung von Arbeitsgelegenheit, den Abbau der Wohnungsnot, die Wirtschaft im Rahmen des Möglichen und der Reichsregierung aus. Politische Tendenzen sollen von der Schule ferngehalten werden. Die Schule soll deutsches Volkstum und damit wahre Vaterlandsliebe pflegen. Der christliche Grundcharakter der Schule soll wiederhergestellt werden.

### Wie die Frauen wählen

Gemeinsam mit der Wahl zum Reichstag am 7. Dezember vorigen Jahres fand in Bremen auch die Neuwahl der Bürgerschaft, des Landesparlamentes statt. In Bremen-Stadt wurden die Männer- und Frauenstimmen für die Bürgerschaft getrennt gezählt. Wie überall, so waren auch hier die weiblichen Wahlberechtigten gegenüber den männlichen in der Mehrzahl. Es wurde folgendes Ergebnis ermittelt:

	Männer	Frauen
Sozialdemokraten	29 402	27 413
Deutschnationale	6 827	9 615
Zentrum	1 481	2 131
Kommunisten	8 981	6 045
Deutsche Volkspartei	13 164	16 672
Nationalsozialisten	3 470	3 267
Demokraten	8 863	9 916
Hausbesitzer	5 638	6 622
Wohlfahrtsvereine	1 022	975
Zusammen:	77 548	82 256
Un gültig:	663	880

Weniger Frauen- als Männerstimmen weisen nur die Parteien der Sozialdemokraten (7 Proz.), der Kommunisten (28 Proz.) und der Volkspartei (6 Proz.) auf. Mehr Frauen- als Männerstimmen hingegen die Deutschnationalen (40 Proz.), die Volkspartei (33 Proz.), die Demokraten (12 Proz.), das Zentrum (44 Proz.) und die Hausbesitzer (11 Proz.).

### Kurze Nachrichten

Die Kasseinahmen der Schweiz betragen im Jahre 1924 (provisorisch) 205 111 809,98 Franken gegenüber 182 975 498,70 Franken im Jahre 1923. Die Kasseinahmen im Jahre 1924 betragen somit 22 137 813 Franken.

Kommunistenverhaftungen in Holland. Nach Meldungen aus Amsterdam sind in Bloemendaal, Schoten und Velzen im Zusammenhang mit Anschlüssen auf militärische Gebäude 15 Kommunisten verhaftet worden. Auf dem holländischen Dampfer „Trompe“, der sich in Willebrorden befindet, sind nach Blättermeldungen gleichfalls kommunistische Sabotageakte vorgenommen.

Die französische Kammer und der Senat sind am Dienstag zur Eröffnung der verfassungsmäßig beginnenden ordentlichen Session zusammengetreten. Die Wahl des Präsidenten ergab die Wiederwahl des bisherigen Präsidenten Painlevé mit 813 gegen 24 kommunistische Stimmen, die auf den Abgeordneten (Komm.) entfielen. Die Opposition hat sich der Stimmabgabe entzogen.

Wieder ein polnisch-russischer Grenz Zwischenfall. Nach einer Meldung der „Russ. Tel.-Ag.“ aus Chartow hat in der Nacht zum 5. Januar eine aus ungefähr 40 Mann bestehende polnische Militärabteilung in der Nähe des Städtchens Jampol die Grenze der Sowjetunion überschritten und auf die sowjetischen Wachen Geschosse geschossen. Letztere erwiderten das Feuer, so daß sich die Angreifer auf polnisches Gebiet zurückziehen mußten. Einer der Angreifer wurde getötet. Die Sowjetregierung hat sofort nach Bekanntwerden des Vorfalls eine Kommission zur Prüfung der Angelegenheit entsandt.

### Badisches Landestheater

#### Russisch-Romantisches Ballett

Das Karlsruher Publikum hat Gelegenheit, in den beiden Gastspielen des Russischen Romantischen Theaters (das zweite und letzte Gastspiel findet heute Abend statt) kulturhaltigen alten Ballettstil zu bewundern. Der Ballett-Bantomime „Giselle“ von Théophile Gautier, zu der Adolphe Adam, — er gehörte zur großen Generation der französischen Geschwindigkeitschreiber — eine einstens weltberühmte „stumme“ Opernmusik lieferte, irgendwelche literarische Bedeutung beizumessen zu wollen, wäre allerdings eine Verleugerei. Aber darauf kommt es bei den Vorstellungen auch nicht an. Man geht mit stark gespannten Erwartungen der aufstrebenden Tanzkunst wegen zu den Russen und erlebt eine Enttäuschung. Denn diese Leute vom ehemaligen russischen kaiserlichen Ballett können wirklich viel und hüten sowohl im Einzelnen, wie im Gesamt-Tanz die charakteristische Tradition älteren Vorbilds. Es wäre nun die besondere Aufgabe eines „Tanzkritikers“ genauer zu beschreiben, wie mit der Wandlung der Musikstücke jeweils auch eine neue Bewegungsweise einsetzt, wie vollendet grazios und abwechslungsreich die einzelnen gleich Regitativden, Arrien und Chören aneinandergereihten Nummern musisch dargestellt werden. Doch scheint es mir noch mehr auf temperamentvolle Auslegung durch die slavische Masse insgesamt anzukommen; denn nicht allein bei den solistischen Kräften, der Primaballerina Elena Smitnowa, der ersten Charaktertänzerin Elsa Krüger, dem Charaktertänzer Boris Romanoff und dem Solotänzer Anatol Ljuboff, sondern auch bei den übrigen in Gruppen Mitanziehenden ist jene typische Tanzgestalt zu finden, deren oberster Grundriss Beherrschung des Körpers und Leichtigkeit der Bewegung sind. Diese tänzelnde Beweglichkeit bringt es sogar in der larmoyanten Friebschöne des II. Aktes fertig, daß die schönheitsvolle Körperplastik fest und endlich zu starkem Beifall für die Prominenten des Ensembles fortzieht. Eingetritt ein beträchtliches Aufgebot an Personen und reichlichen Kostümen, vor sehr originellen Dekorationen, die leider an farbiger Pracht schon Erhebliches eingebüßt haben.

Seit russischer als in der von Paris importierten süßlichen Landmäddchen-Praktik, an deren schwächlichem Inhalt auch die neue choreographische Paraphrase des Ballettmeisters Romanoff wohl nur wenig ändern konnte, ging es in A. Glazunoff's kurzer Tragödie: „Tempelbesucher der Atoraga“ zu, dem

## Badischer Teil

### Die Reichsgründungsfeier der badischen Regierung

Am kommenden Sonntag, den 18. Januar, wird die badische Regierung in einer Feier, die morgens halb 12 Uhr in der Karlsruher Festhalle stattfindet, in würdiger und eindrucksvoller Weise des Tages gedenken, an dem vor 54 Jahren das Deutsche Reich geschaffen wurde. Die Reichsgründungsfeier soll eine Erinnerungs- und Weisheitsfeier für alle Kreise der Bevölkerung werden, sie soll dem Gedanken der Reichstreue und der Reichseinheit gewidmet sein. In dem Leipziger Universitätsprofessor Dr. Walter Goeß wurde eine Persönlichkeit als Redner gewonnen, die, wie wenig andere, dazu berufen ist, den Gedanken und Gefühlen, die an diesem Tage das deutsche Volk bewegen, Ausdruck zu verleihen. Prof. Dr. Walter Goeß ist nicht nur ein hervorragender Kenner deutscher Geschichte, vor allem der neueren Zeit, er steht auch als Mitglied des Reichstags mit an führender Stelle des politischen Lebens. In anderen badischen Städten ist er bereits als ausgesprochener Redner bekannt geworden. An der Feier wird auch das Orchester des Badischen Landesballetts unter der Leitung des neuen Generalmusikdirektors Ferdinand Wagner mitwirken. Es wird zur Eröffnung der Feier eine der gemäßigtesten musikalischen Schöpfungen der Gegenwart „Lob und Verklärung“ Landtisch für großes Orchester von Richard Strauß Op. 24 spielen. Die Festfeier wird ausklingen in dem gemeinsam gesungenen Deutschlandlied. Der Eintritt in die Festhalle ist frei.

#### Reichsgründungsfeier in den Schulen

Die Wiederkehr des Tages, an dem vor 54 Jahren das Deutsche Reich entstanden ist, soll auch in diesem Jahre in den badischen Schulen gedacht werden. Das Unterrichtsministerium hat die Leiter sämtlicher Schulanstalten veranlaßt, am 17. Januar d. J. nach Schluß des Unterrichts, vormittags 11 Uhr in einer kurzen Ansprache auf die Bedeutung des Tages hinzuweisen. Die weitere Ausgestaltung der kleinen Feier bleibt den Schulleitern überlassen.

### Die Beschäftigung der Volksschulkandidaten

Die Volksschulkandidaten und -Kandidatinnen aus den Jahrgängen 1921, 1922, 1923 und 1924, die jetzt nicht im öffentlichen Schuldienst verwendet sind, werden durch eine Bekanntmachung im Amtsblatt des Bad. Unterrichtsministeriums veranlaßt, spätestens bis zum 30. Januar 1925 den Kreis Schulämtern ihres Aufenthaltsortes schriftliche Anzeigen über ihre jetzige Beschäftigung zu erstatten. Die Anzeigen müssen folgende Angaben enthalten: Vor- und Zunamen, Jahr und Monat der Aufnahme unter die Volksschulkandidaten, Art der Dauer derselben, Monatsbetrag der Vergütung sowie Art und Beschäftigung, in der Familie oder gegen Bezahlung bei einer öffentlichen Behörde oder in einem Privatbetrieb, im letzteren Fall Zeitpunkt des Eintritts in den Dienst und vermutliche Dauer desselben, Monatsbetrag der Vergütung sowie Art und Umfang etwaiger Naturalbezüge (Wohnung, Verpflegung usw.). Die Richtigkeit der Angaben muß durch den Arbeitgeber — öffentliche Behörde, Gesellschaft oder Einzelperson — bestätigt sein. Veränderungen in der Beschäftigung, sowie erstmaliger Eintritt in eine solche oder endgültiges Ausscheiden aus derselben müssen in gleicher Weise angezeigt werden. Bei Unterlassung oder nicht rechtzeitiger Erstattung der Anzeige wird Verzicht auf Verwendung im Schuldienst unterstellt.

Von der Badischen Landesbibliothek. Die gangbarsten Ausgaben der Bibel und Neuen Testamente konnten im Preise wesentlich herabgesetzt werden. Ein Bibelzettel soll auch wieder kostenlos herausgegeben werden.

Gegenüber der zweiten Programmhälfte, das vor allem Elsa Krüger Gelegenheit bot, durch untrennbar verbundene Mimik und Bewegung den Gehalt der russischen Musik bis aufs Letzte auszuschöpfen. Über den Tanz im landläufigem Sinn ging er dabei besonders das Spiel des Oberkörpers, der Arme und die äußerst sprechenden Hand- und Kopfbewegungen weit hinaus. Die Aufmerksamkeit hatte sehr modernem, selbst am farbigen Gewand mit bewußt stiller Betonung der rhythmischen Auswirkung im bildhaften Relief. Das Landestheaterorchester spielte einleitend unter der exakten Stabführung des Kapellmeisters Esem Kurz die Ouvertüre „Salome“ dieses nach Rimsky-Korsakow bedeutendsten neueren russischen Komponisten. Schon nach der Ouvertüre, für deren Nachformung sich der Dirigent künstlerisch durchaus bewachen zeigte, gab es Beifall. Verhaft war auch hier der Schlüsselform, zumal diese choreographische als Fresco-Tragödie einen sehr noblen musikalischen Rahmen hat. Ein Besuch des interessanten Gastspiels ist auf jeden Fall zu empfehlen. H. Sch.

Marcell Salzer. Trotz der unruhigen Zeiten — oder vielmehr gerade, weil unsere Zeit so unruhig ist, — erfüllt Marcell Salzer seine Lebensaufgabe immer noch treulich. Und die ist: lachenden Frohsinn zu verbreiten. Mit seinem unbeirrbar humorvollen und wieder eine Reihe alter und neuer Scherz, Satiren und Humoresken vor. Er wanderte mit seinen Gästen durch die deutschen Lande mit ihren eigentümlichen Dialekten, erzählte ihnen tolle Lausbuben Geschichten Ludwig Thoma's her und machte mit ihnen und dem „Lieber Wuch“ eine schlimme lustige Schellungsfahrt in seinem „Lieber, lieber“ Titel. Hier in seiner bayerischen Heimat fühlt sich Marcell Salzer — das merkt man deutlich — am allerwohlsten und selbst, wenn er in Hannover oder Hamburg weilt: die heimliche Art drängt sich so stark überall durch. Dem starken Beifall des gutbesetzten Hauses dankte Marcell Salzer mit einer Dreingabe. Cl.

Die Erforschung der ägyptischen Königsgräber. Nach einer Meldung der „Times“ ist der Streit über die Erforschung der ägyptischen Königsgräber mit der ägyptischen Regierung friedlich beigelegt worden. Howard Carter wird sich wahrscheinlich unverzüglich nach Luxor begeben, um die Erforschung der Gräber fortzusetzen.

### Die Rehr Rheinbrücken als Hindernis für die Rheinschifffahrt nach Basel

Mit diesem Thema beschäftigt sich die „Basler Nationalzeitung“ in einem längeren Artikel.

Bekanntlich liegen die beiden Rheinbrücken, welche die Verbindung zwischen Rehl und Straßburg herstellen, so tief, daß sie bei überdurchschnittlichen Wasserständen die Schifffahrt nach Basel stark beeinträchtigen, was in den letzten Jahren die den Fahrbetrieb nach Basel unterhaltenden Rheinreedereien gezwungen hat, für die Schwärzerfahrten besonders gebaute flachgehende Dampfer und Rähne mit abnehmbaren oder umlegbaren Steuerfüßen und Kommandobrücken in den Dienst zu stellen. Zur Beantwortung der Frage, wie dieses Schifffahrtshindernis in den Jahren 1857 und 1894 trotz der jede Schifffahrtshindernis zwischen der Mündung des Rheins bis Basel beherrschenden Rheinschifffahrtsakte hat erbauet werden können, zitiert das Blatt einen Artikel aus der Dezembernummer der Zeitschrift „Die Rheinquellen“. Darin wird darauf hingewiesen, daß in einem Vertrag von 1857 zwischen Frankreich und Baden über die Errichtung einer Eisenbahnbrücke über den Rhein bei Rehl die Errichtung einer Brücke mit zwei beweglichen Jochen und zwei drehbaren Brückenteilen vorgesehen war, ein Plan, der schließlich wieder fallen gelassen wurde, als um jene Zeit der Schifffahrtsbetrieb immer mehr abnahm und oberhalb Rehl schließlich ganz still lag.

Als Lösung der Schwierigkeit, die dieses Brückenhindernis bietet, wurde dann beim Wiederaufkommen des Schifffahrtbetriebes verschiedene vorgeschlagen. Frankreich brachte nach dem Weltkrieg die Überlegung der Brücken in Vorschlag, ein weiterer Vorschlag zielt auf einen Umgehungskanal, der allerdings, weil in Verbindung mit der Errichtung der südlich von Straßburg geplanten neuen Straßburger Rheinbahnanlagen verbunden, den Nachteil hätte, daß der ganze oberreine Rheinfahrt über den Straßburger Hafen seinen Weg nehmen müßte. Der letztere Plan wäre nicht bloß deshalb ungewinnlich, weil die Durchführung eines starken Verkehrs durch einen Hafen mit erheblichen Reibungs widerständen für den lokalen Bösch- und Ladeverkehr verbunden ist, sondern auch weil diese Lösung die völlerrechtlich festgelegte Freiheit und Gleichheit der Behandlung der Rheinverkeftraaten verletzen würde. Immerhin wäre die Frage einer geeigneten Lösung wert, da durch die Schiffarmachung des Rheins nach Basel das Erwerbefeld für die Rheinschiffe aller Flaggen um 127 Kilometer verlängert würde. Am besten erscheine noch der Plan der Hebung der Rehr Rheinbrücken.

### Gautagung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold

Am Sonntag fand in dem mit den schwarz-rot-goldenen Farben geschmückten Plenarsaal des Landtags zu Karlsruhe, die von rund 400 Delegierten besuchte Gautagung des Reichsbanners statt. Der Vorsitzende Dr. Krauß-Mannheim hielt das einleitende Referat für die Verhandlungen, die sich hauptsächlich auf die Vertiefung des republikanischen Gedankens und den organisatorischen Ausbau bezogen. Auch die Arbeit in Baden erfolgt gemäß den Richtlinien des deutschen Bundesvorstandes. Am 22. Februar soll in Magdeburg ein Bundeskongress am 1. März in Baden eine Hauptversammlung stattfinden. Pfingsten liegt republikanische Tage in der Bodensee gegen geplant. Im Laufe der Beratungen gelangte eine Resolution des alten Demokraten Benedek-Konstanz zur Annahme, die sich gegen eine etwaige Reichsregierung im Reichs mündet.

### Pflanzenzüchterkursus

Dr. Kallat, 13. Jan. Die Bad. Landwirtschaftskammer veranstaltete vom 8.-10. Januar d. J. in ihrer Saatgutanstalt in Markt ihren 4. Pflanzenzüchterkurs mit Vorträgen von Landwirtschaftsrat Busch-Kallat, Saatgutinspektor Lieber-Kallat und Saatgutinspektor Dr. Singer-Karlsruhe. Der Kurs bedeutete in seinen beiden Abteilungen, für Anfänger und Fortgeschrittene, einen vollen Erfolg. Die Teilnehmer — etwa 60 — waren aus allen Teilen Badens erschienen und wurden in sämtliche Gebiete der Pflanzenzüchtung durch Vorträge und Demonstrationen eingeführt. Die lebhaften Diskussionen bewiesen deutlich, daß die Lehren dieses neuen und sowohl privatwirtschaftlich als auch volkswirtschaftlich bedeutungsvollen Spezialgebietes der Landwirtschaft gutes Verständnis gefunden haben.

### Kommunale Rundschaun

Die Einbeziehung Karlsruhe in den Luftverkehr. Nach einem Stadtratsbeschluss vom 8. Jan. 1925 errichtet die Stadt Karlsruhe auf dem früheren großen Gießereiplatz am Hardtwald mit einem Kostenaufwand von bis zu 140 000 Mark eine Landungsstelle für Verkehrsflugzeuge samt allen hierzu gehörigen Einrichtungen. — Die Stadt tritt der Badischen Luftverkehrs-Gesellschaft m. b. H. in Karlsruhe mit einer Stammeinlage von 150 000 Mark als Gesellschafter bei. Der Stadtrat ist berechtigt, Teile seiner Stammeinlage an das Land Baden, an badische Gemeinden und an andere natürliche oder juristische Personen des öffentlichen und bürgerlichen Rechts abzutreten.

Aus dem Mannheimer Stadtrat. Die Oberheinische Eisenbahngesellschaft beabsichtigt, zwischen Mannheim und Schriesheim einen Autobusverkehr einzurichten. Zur Beschaffung der Betriebsmittel wird der O.B.G. ein Darlehen gewährt. Die Lieferung von 20 Triebwagen für die städtische Straßenbahn wird der Waggonfabrik Fuchs A.G. in Heidelberg übertragen. Die Errichtung von 10 Vertikal-Kammern von 110 000 cbm Lagerkapazität im Gaswerk Luzgenberg anstelle von 10 unbrauchbar gewordenen Vertikalretorten wird der Firma Kinsch-Otto G. m. b. H. Berlin, die Errichtung der dazu gehörigen Zentral-Gasgeneratorenanlage der Firma S. Wippers-Eisen übertragen. — Für die zur Erzielung besserer Druckverhältnisse im Gasrohre erforderliche Fortführung der Gasbahndruckleitung von der Kronprinzengasse nach Neufheim werden vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses 270 000 Mark bewilligt. Die Stadt tritt der Badisch-Pfälzischen Luftverkehrs-Ges. G. m. b. H. Mannheim, bei und übernimmt 26 Prozent des Aktienkapitals.

Der Verkehrsverein Mannheim eröffnete im Hause Stürmer in O. 7, 11 eine neue Filiale, die im besonderen dem Fahrkartenverkauf dienen soll. Außerdem werden Auskünfte jeglicher Art über Zugverbindungen, Luftverkehr, Schiffsreisen, über Mannheim und seine Sehenswürdigkeiten und Veranstaltungen gegeben. Ein Reisebüchermagazin vervollständigt die zweisprachigen Einrichtungen des Büros. Professor Dr. Walter wies in einem Rückblick auf die Arbeit hin, die der Verkehrsverein Mannheim seit seiner Gründung im Jahre 1905 geleistet hat.

Der Kuratrat des Schloßes beschloß, ein dem Herzog v. Württemberg im Schloss Schloßberg gehöriges größeres Baugelände zur Errichtung von Wohnhäusern zum Preise von 60 000 Mark, die im Anleihewege aufgebracht werden sollen, anzulassen.

Abstimmung über die Vereinigung oder Trennung Aichen und Gutenberg fand in Aichen (Amt Waldshut) am vergangenen Sonntag eine Abstimmung statt, die die weitere Vereinigung Gutenbergs mit Aichen mit großer Mehrheit ergab.

### Aus der Landeshauptstadt

1. Bad. Luftfahrtausstellung. Vom 31. Januar bis 8. Februar d. J. findet hier die 1. Bad. Luftfahrtausstellung statt. Schwurgericht. Heute und morgen finden Sitzungen des Karlsruher Schwurgerichts statt.

Aus der Gewerkschaftsbewegung. Wie uns mitgeteilt wird, ist der bisherige Gauleiter und erste Vorsitzende des Landesverbandes Baden der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, Oskar Kümmele in die Hauptleitung der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner nach Berlin berufen worden. An Stelle des Herrn Kümmele wurde der bisherige Bezirksleiter der Gewerkschaft für den Bezirk Karlsruhe, Theodor Kiefer als Gauleiter und erster Landesverbandsvorsitzender für Baden bestimmt. Die Geschäftsstelle befindet sich: Karlsruhe i. B., Karlsruherstr. 120.

Landestheater. Es sind rund vierzehn Jahre her, daß Shakespeares Königsdrama „König Richard der Dritte“ zum letztenmal hier gespielt wurde. In der langen Reihe der „Gisfortes“ die den Kampf der Häuser York und Lancaster, der roten und der weißen Rose, zum Gegenstand haben, und die Heinrich der Achte als Nachspiel beschließen, ist diese Richardtragödie wohl die mit dramatischer Spannkraft geladene und von der Dämonie hemmungslossten Nachwillens erfüllteste. Unbestimmt um die gewiß bedeutende Frage, ob dieses über die Leiden seines Bruders und seiner Neffen zum Thron hinaufschreitenden Ungetüm eine tragische Gestalt im eigentlichen Sinne sei, ist dieser blutige Richard jedenfalls ein graufiges Symbol gewalttätiger menschlicher Herrschgier, die sich selbst den unabwendbaren Sturz von ihrer angemessenen Höhe bereitet. Und darum bleibt Shakespeares Richarddrama ein mahnendes Wahrzeichen für alle Zeiten. Das Werk wird von Felix Baumbach neu inszeniert und entworfen. Die Bühnenbilder werden von Emil Burtard ausgeführt; die kostümliche Ausstattung liegt in den Händen Margarete Schellenbergs. Die Galerie Moos (Kaisersstr. 187) veranstaltet ihre 106. Ausstellung mit Werken von F. Edelmann, W. Huppert, A. Kutterer, S. Schöpflin, E. W. Schroeter, C. Vocke, F. Winkler.

### Kurze Nachrichten aus Baden

18. Jan. Die beim Bau der Schleuse und des Kraftwerks Schwabenheim beschäftigten Arbeiter, die sich mit dem Fortfall der früher gewährten außerordentlichen Zulage nicht abfinden wollten, hatten am 30. Dezember daraufhin von der Bauunternehmung die Kündigung erhalten. Wie die Bauunternehmung jetzt mitteilt, ist am 6. Januar der Baubetrieb an beiden Stellen wieder aufgenommen worden, da sich genügend Leute meldeten zu den Bedingungen des jetzt geltenden Tarifs. Nur die Zimmerer seien bis jetzt der Baustelle ferngeblieben.

18. Jan. Planet „Matterania“. Die Bad. Landessternwarte in Heidelberg hat dem Planeten 1917 CP, entdeckt am 14. September 1917 und zwar mit Materplatten, den Namen „Matterania“ gegeben in Anerkennung der Verdienste, die sich August Matter in Mannheim durch die Herstellung von astronomischen Aufnahmeplatten, durch die zahlreiche Entdeckungen ermöglicht wurden, erworben hat.

Badisches Landestheater. Donnerstag, 15. Januar. 7 1/2 - 10 Uhr. M. 4.50. B. 15. Th.-Gem. 801-1000, 2301-2500, 2701-3000. Kolportage.

**GALERIE MOOS**  
Kaisersstraße 187 D. 933

## 103. Ausstellung

F. Edelmann, W. Huppert  
A. Kutterer, H. Schöpflin  
E. W. Schroeter, C. Vocke  
F. Winkler

### Archivarstelle.

Die Stelle des hauptamtlichen Leiters des bedeutenden Stadlarchivs von Konstanz ist auf 1. April 1925 neu zu besetzen.

Begünstigung nach Gruppe X, unter besonderen Umständen nach XI. Verlangt wird: Gründliche geschichtliche Ausbildung, namentlich in der mittelalterlichen Geschichte, Fähigkeit zu selbständigem Arbeiten nach wissenschaftlichen Grundsätzen, Sicherheit im Urkundenlesen, guter Stil. Erwünscht: Erfahrung in der Archivarbeit und in der Verwaltung von Bibliotheken (die Verwaltung der städtischen Wesenbücherei wird dem Archivar unterstellt). Bewerbungen mit ausführlichem Lebenslauf, Zeugnissen über Prüfungen und Tätigkeit und schriftstellerischen Proben bis **10. Februar 1925** erbeten. Persönliche Vorstellung nur auf besondere Einladung. D. 940

Konstanz, den 12. Januar 1925.  
Der Oberbürgermeister.

## Brennholz

in Scheiter (Nadelholz) liefert laufend waggonweise ab Station Rauminzbad (Baden) zu bill. Tagespreisen

## Holzhandlung Braum

Mitteltal (Oberamt Freudenstadt).

## Ladenlokal

für Spezial-Geschäft im Zentrum der Stadt gesucht. Angebote unter D. 936 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erbeten.

19. Jan. Die hiesige Goldschmiedeschule verlor dieser Tage ihren langjährigen bewährten Zeichenlehrer Georg Kamm durch den Tod. Kamm hat hier außerordentlich viel für die methodische und praktische Durchbildung des Zeichenunterrichts getan. Die hiesige Goldschmiedeschule ist zum großen Teil nach seinen Plänen und Vorschlägen durchgebildet.

11. Jan. Hier hielt der Verband bad. landw. Genossenschaften Karlsruhe am 5. und 6. Januar einen Buchführungskurs für die ihm angeschlossenen Waren-genossenschaften, Bezugs-, Konsum- und Absatzvereine, Ein- und Verkaufsgenossenschaften im Amtsgerichtsbezirk Pforzheim ab. Es war dies der 78. Buchführungskurs des Genossenschaftsverbandes. Insgesamt nahmen am Buchführungsunterricht 26 Redner, Vorstände und Aufsichtsratsmitglieder teil. Der stellvertretende Verbandsdirektor Hofmann eröffnete den Kurs und wies auf die Wichtigkeit der Buchführung in einer Genossenschaft hin. Unter Mitwirkung von 3 Verbandsbeamten wurden die Teilnehmer sodann in das Wesen der Buch- und Geschäftsführung einer Genossenschaft mit Erfolg eingeweiht. Den Schluß des Kurses bildete eine Aussprache über allgemeine genossenschaftliche Fragen.

10. Jan. Im Jahre 1924 betrug die Zahl der Kurgäste in Baden-Baden 69 421; sie ist gegen das Jahr 1923 um rund 14 200 gestiegen. Die Zahl der Ausländer ist von 41 Prozent im Inflationsjahr 1923 auf 9,5 Prozent zurückgegangen. Die meisten Ausländer kamen aus Nordamerika und Mexiko mit rund 2000; dann folgten die Schweiz mit 663, Rußland mit 548, Holland mit 537, Großbritannien mit 506.

10. Jan. Von den hiesigen ca. 140 Tabakpflanzern haben nunmehr 90 Pflanzler ihren Tabak der A. G. Mehl mit 30 Mark Ankaufung pro Zentner übergeben. Nach der Fermentation sollen diese je nach dem Tagespreis eine entsprechende Nachzahlung erhalten. 38 Pflanzler setzten ihren Tabak, und zwar 274 Zentner, zusammen, um ihn erst nach der Fermentation zu verkaufen. Der Rest wurde zum Preise von 45 Mark pro Zentner von einem Fabrikanten aufgekauft.

18. Jan. Submissionsblüte. Kürzlich waren die Gleisanlagen für den Rangierbahnhof Singen zur Vergabe ausgeschrieben. Bei den Bewerbungen um Übertragung der Arbeiten zeigten sich recht hohe Differenzen unter den einzelnen Angeboten. Das niedrigste Angebot lautete auf 3000 Mark, das höchste auf nicht weniger als 25 000 Mark.

18. Jan. Die Maul- und Klauenseuche, die hier seit einiger Zeit wütete, ist nun glücklicherweise wieder erloschen. Sie hat jedoch in einzelnen Ställen schweren Schaden angerichtet. So hat der Pächter des Lohnerhofes mit seinen großen Ställen durch den Verlust von nicht weniger als 13 Kühen und Kalbinnen einen Schaden von mindestens 8 000 Mark erlitten, noch dazu ohne versichert zu sein.

### Wandel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen

	14. Jan.	15. Jan.
Amsterdamm 100 G.	169.34	169.76
Kopenhagen 100 Kr.	74.58	74.76
Italien 100 L.	17.40	17.44
London 1 Pfd.	19.94	19.99
New York 1 D.	4.19	4.21
Paris 100 Fr.	21.41	22.47
Schwiz 100 Fr.	80.82	81.02
Wien 100 000 Kr.	5.90	5.92
Prag 100 Kr.	12.59	12.63

Notierung überall 100 Prozent

Die Kohlenpreise. Wie WZV hört, hat der Reichswirtschaftsminister die Beanstandung, die er in der Sitzung des Reichskohlenverbandes und des Reichskohlenrates am Freitag, den 9. Januar gegen die trotz Herabsetzung der Umschlagsteuer vorgeschlagene Befassung der bisherigen Kohlenpreise für alle Kohlenarten eingelegt hat, zurückgezogen. Maßgebend hierfür war, daß eine erneute und eingehende Prüfung ergeben hat, daß die Steigerung der Selbstkosten der Kohlen den Ermäßigungsbeitrag der Umschlagsteuer übersteigt. Inwiefern hat die Ermäßigung der Umschlagsteuer neben der Marktlage bewirkt, daß trotz der geringeren Selbstkosten eine Erhöhung der Preise unterbleiben konnte.

### Verschiedenes

#### Die Eisenbahnkatastrophe von Herne

Die Reichsbahngesellschaft teilt mit: Die Zahl der Getöteten hat sich auf 23 erhöht. Die Zahl der Verletzten beträgt 61, darunter 21 Schwerverletzte. Alle Toten und die Mehrzahl der Verletzten gehören zu den Reisenden des Personenzuges, auf den der D-Zug aufgefahen ist. Im D-Zug wurden nur wenige Personen leicht verletzt. Nach dem Ergebnis der bisherigen Untersuchung muß der Nebel und die Dunkelheit als Ursache des Unglücks angesehen werden. Das Unglück geschah durch das Überfahren des Einfahrtssignals, das auf Halt stand. Der Zusammenstoß war so stark, daß 12 der Getöteten nur noch aus den aufgefundenen Papieren festgestellt werden konnten. Die Unglücksstelle bietet einen fürchterlichen Anblick. Die Lokomotive des D-Zuges schob die beiden letzten Wagen des Personenzuges vollkommen in- und durcheinander, so daß alle Reisenden in diesen beiden Wagen zermalmt wurden. Außerdem sind noch zwei weitere Wagen 4. Klasse und ein Wagen 2. Klasse schwer beschädigt worden. Die Unglücksstelle bietet ein großes Trümmerfeld. Die ganze Umgegend ist mit Bagenteilen bedeckt. Dazwischen liegen Zeitungspallete, Lebensmittel, Kinderpielzeug, Wilderbücher usw. — alles einschließlich mit Blut getränkt. Die Untersuchung der Schuldfrage leitet der Präsident der Reichsbahndirektion zusammen mit dem Dienstleiter des Bahnhofes Herne. Der Lokomotivführer und der Feiger des Berlin-Köln-D-Zuges wurden sofort vom Dienst suspendiert. Bei ihrer Vernehmung beriefen sich beide auf den ungewöhnlich dichten Nebel, durch den sie die Haltsignale nicht erkannt hätten. Ob unter diesen Umständen eine Schuld des Lokomotivführers des D-Zuges vorliegt, muß die weitere Untersuchung erst ergeben.

#### Der Münsterberger Massenmörder

Wie die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ melden, haben Mitglieder der Fleischreinigung einwandfrei festgestellt, daß der Münsterberger Massenmörder Denke allwöchentlich auf dem Breslauer Markt erschien und dort Fleisch feilgebote hat. Ferner ist erwiesen, daß bei verschiedenen Breslauer Einwohnern die billige Münsterberger Fleischquelle bekannt war und von ihnen auch häufig in Anspruch genommen wurde. Mehrere Familienväter fuhren auch regelmäßig nach Münsterberg.

### Staatsanzeiger

Mit Entschließung vom 29. September 1924 Nr. 82 146 wurde die Bereinigung der abgeordneten Gemartung Hohenfese mit Wirkung vom 1. Januar 1925 angeordnet.

Die Anordnung ist rechtsverbindlich.

Karlsruhe, den 9. Januar 1925.

Der Minister des Innern  
Memmele

Vom Montag, den 19. Januar an wird der gegenwärtig in Bruchsal beginnende Zug 3064 (B) wie folgt ab Rot-Malsch geführt: Rot-Malsch ab 7.18 Borm, Ringolsheim 7.24, Langenbrunn 7.29, Ubstadt 7.37, Bruchsal an 7.45 Borm.

## Leistungsfähige Wäschefabrik

in Herren- und Damen-Wäsche sucht

## tüchtigen Vertreter

für den

## Bezirk Baden und Württemberg

Es handelt sich um gut eingeführte Tour und wollen sich nur Herren mit besten Empfehlungen melden.

Offerten mit Referenzen beliebe man zu richten unter D. 939 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.



## HERVORRAGEND SIND FORM UND GÜTE DER BAUBUND MÖBEL AM RONDELLPLATZ

ECKE ERBPRINZEN U. KARL-FRIEDRICH-STR.

### EIGENE VERKAUFSSTELLEN:

KARLSRUHE-KARL-FRIEDRICH-STRASSE 22  
MANNHEIM-IM-SCHLOSS-RECHTER-FLÜGEL  
P. FOR. 2. H. EIM- THEATERSTRASSE 15  
FREIBURG-MITZGERAU 6  
OFFENBURG-STEINSTR. 2  
MOSBACH-HAUPTSTR. 12

## Eugen von Steffelin

Fernspr. 261 Karlsruhe Fernspr. 261

## Möbeltransport Lager :: Spedition

### Wohnungstausch.

Tausche große 4-Zimmerwohnung mit Diele, 2 Mädchenzimmer in schönster Gegend von Karlsruhe gegen gleiche oder größere Wohnung in Stuttgart oder anderem größerem Ort. Zuschriften erbitte unter D. 938 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

### Spezial-Geschäft

der Haushalt-Branche wird zu übernehmen gesucht. Kapital vorhanden. Angebote unter D. 934 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erbeten.

### Ausgewählte Lesestücke zum Studium der polit. Ökonomie

Herausgeg. und eingeleitet von

Professor Karl Diehl und Professor Paul Nombert

Bd. I: Lehre vom Geld, I.  
Bd. II: Der Arbeitslohn  
Bd. III: Von der Grundrente  
Bd. IV: Wert u. Preis, I.  
Bd. V: Wert u. Preis, II.  
Bd. VI: Bevölkerungsgesetze  
Bd. VII: Wirtschaftskrisen  
Bd. VIII: Kapitalismus und Unternehmerrisiko  
Bd. IX: Freihandel und Schutzzölle  
Bd. X: Lehre vom Geld, II.  
Bd. XI/XII: Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus.  
Bd. XIII: Grundzüge der Volkswirtschaft  
Bd. XIV: Sozialpolitik

Berlin G. Braun, Karlsruhe Karlsruherstr. 14.

### Detektiv-Privat

„Argus“ Mannheim  
O. 6. 6.  
Planzen 8. 47  
Fernspr. 3305  
R. Maier & Co., G. m. b. H.

### Metallbetten

Stahlmatt, Eisenbett, direkt an Private, Katalog 78 R. frei. Eisenmöbelfabrik Sahl (Thür.)

D. 975. Karlsruhe. Gemäß § 69 der WZV. wurde die am 13. Mai 1924 über das Vermögen der Firma Semmler & Co., Schuhfabrik in Karlsruhe, angeordnete Geschäftsaufsicht aufgehoben.

Karlsruhe, 5. Jan. 1925.  
Verichtspräsident des Bad. Amtsgerichts A 5.

# Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger  
Organ verschiedener Beamten-Bereinigungen.

Nr. 2

Druck: Erscheint jeden Mittwoch und kann einzeln für 10 Geldspennung für jede Ausgabe, monatlich für 60 Geldspennung zugestellt werden, vom Verlage Karlsruhe i. B.,  
Karlstr. 14, bezogen werden.

14. Januar 1935

## Zur Erhöhung der badischen Beamtengehälter

Im Dezember v. J. ist bekanntlich von der bad. Regierung der Entwurf eines Gesetzes über die Regelung der Beamtengehälter (Landtag-Drucksache Nr. 19 und 19a) vorgelegt und mit einer geringfügigen Abänderung angenommen worden. Der Artikel 1 des Gesetzes gewährt für den Monat Januar 1935 den Besoldungsgruppen I—VI einen Zuschlag zum Grundgehalt in Höhe von 20 v. H. und dies vorbehaltlich später reichsgerichtlicher Regelung.

Im nachstehenden lassen wir die allgemeinen Ausführungen der Berichterstatterin zu diesem Gesetz — Abg. Frau Nigel (Zentr.) — folgen, wie sie im Amtl. Bericht über die 6. Sitzung des Landtags (19. 12. 1934) bezeichnet sind:

Anlässlich der letzten Gehaltsregelung ist allgemein — sowohl von Seiten der Regierung als von Seiten der Volksvertretung — der Gedanke zum Ausdruck gebracht worden, daß die Bezüge der in den unteren Besoldungsgruppen zusammengefaßten Beamten den augenblicklich bestehenden Lebensverhältnissen gegenüber nicht zureichend seien. Eine Besserung erhoffte man damals von der nächsten Regelung der Beamtengehälter, welche das Reichsfinanzministerium vorzunehmen beabsichtigte; diese Hoffnung aber hat sich nicht erfüllt.

Kunmehr hat die badische Regierung die Initiative ergriffen. Der badische Herr Finanzminister hat am vergangenen Dienstag im Haushaltsausschuß über die gegenwärtige Lage der unteren Beamten Vortrag gehalten, um darnach auch die Meinung der Landtagsabgeordneten zu hören, die diesem Ausschuß angehören, und um auf Grund dieses Meinungsaustausches eine Besserstellung der Beamten dieser unteren Gehaltsgruppen zu bewirken.

In dieser Aussprache führte der Herr Finanzminister aus, daß die Regelung, die mit dem Dezembermonat eingeseht habe, eine unsoziale sei, und daß er im Einverständnis mit dem Kabinett Vorschläge bringe, die dahin zielen, die Bezüge der Gruppen der unteren Beamten — also der Gruppen I bis VI über diejenigen Summen hinauszubringen, die das Reichsfinanzministerium bewilligt hatte, so daß die Beamten der unteren Besoldungsgruppen eine Erhöhung ihres Grundgehalts nicht nur um 12,5 Prozent, sondern für den Monat Januar um 20 Proz. erhalten sollen; die übrigen Gruppen sollten, wie bei der Reichsregelung, ihre 10 Proz. erhalten. Das Land Baden, voraus das badische Finanzministerium und die badische Regierung, rechnen mit Sicherheit darauf, daß die kommende Regelung im Reich den Bedürfnissen der Beamten dieser unteren Gruppen Rechnung tragen und daß die Neuregelung einen sozialen Ausgleich bedeuten werde. Da aber der Herr Finanzminister im Reichsrat bei der Vertretung des badischen Antrags lediglich von Seiten Württembergs Unterstützung fand, erzielte seine Anträge dort keine Mehrheit; sie wurden nicht angenommen.

Es ist nicht richtig, was in Fachblättern zu lesen war — daß im Reichsrat Bremen, Sachsen und andere deutsche Länder für eine Erhöhung der Besoldungen dieser unteren Beamten eingetreten seien —: Diese Behauptung ist sozialer Auffassung kann vielleicht in der nächsten Zeit noch erfolgen; in den Beratungen des Reichsrats traten sie nicht in Erscheinung.

Kun hat also der Haushaltsausschuß Gelegenheit gehabt, sich über diese Fragen auszusprechen. Dabei hat er sich — man kann sagen: geschlossen — hinter das Vorgehen des Finanzministers gestellt, der deutlich zum Ausdruck brachte, daß man nun von „Besprechungen“, von „Erwägungen“ und von der bloßen Kritik an den bisherigen Besoldungsmaßnahmen zu einer wirklichen Tat überzugehen habe. In der Drucksache Nr. 19 sehen Sie den Vorschlag und Niederschlag dieser Meinungsäußerungen vor sich, die sich unter Führung des Finanzministeriums im Haushaltsausschuß zu ganz bestimmten Forderungen verdichtet hatten.

Wohl ist nun eine Verlautbarung erschienen, wonach das Reichsfinanzministerium aus den Zeitungen ersehen hat, daß in Baden eine sozialere Regelung der Gehälter für die unteren Beamten stattfinden soll und wonach es gegen eine solche Regelung Einspruch und Widerspruch erheben will; dennoch haben sowohl der Haushaltsausschuß als auch die Regierung konsequent und entschieden die Auffassung vertreten, nach Neujahr werde man wohl eine Befehung auch des Reichsfinanzministeriums zu sozialeren Gesichtspunkten erwarten dürfen. Allerdings hat das Reichsfinanzministerium gewissen Gruppen von Reichsbeamten bereits eine Weisheit in Form von vorläufigen Zahlen gewährt, die sich an gewisse Bedingungen knüpfen; die Mitglieder des Haushaltsausschusses aber haben sich deutlich darüber ausgesprochen, daß eine solche vorläufige Empfangnahme von Gehaltsbezügen für die Beamten nicht mehr wünschenswert sei — umsoweniger, als wir ja jetzt aus dem Zustande der Inflation heraus und zu stabilen Geldverhältnissen gekommen seien.

Ein Redner der demokratischen Fraktion betonte, daß formale Bedenken, die ihn früher abgehalten hätten, Regelungen auf solcher Grundlage anzunehmen, heute für ihn nicht mehr beständen.

Ein Redner des Zentrums schilderte den Notstand der Beamten und meinte, jetzt seien weite Kreise der Beamten, ganze Beamtengruppen, in einen Zustand der Verschuldung geraten, und sei nicht nur Pflicht, sondern auch höchste Pflicht des Staates, diesen Notstand nicht noch höher kommen zu lassen.

Aber dies sei jetzt auch im Augenblick die Reichsregierung zurückgetreten, der Reichstag noch nicht beisammen, und so sei eigentlich keine Stelle da, die den Beamten, die solche Hilfe benötigen, eine neue Besoldungsregelung geben könne.

Ein Redner der sozialdemokratischen Fraktion fügte hinzu, daß solche vorläufige Zahlungen, wie sie das Reich für einen Teil seiner Beamten noch vor Weihnachten beabsichtigt habe, gewöhnlich mit großen Sorgen zurückbekehrt werden müßten und auf lange Fristen die zukünftigen Gehaltsentnahmen bedrückten. Es sei aber nötig, daß alle Fraktionen die Reichstagsabgeordneten Badens über dieses Vorgehen des badischen Finanzministeriums und auch des Landtags aufklären, damit sie ihrerseits im Reich das Nötige besorgen.

Der Reichsgerichtspräsident in Leipzig hat sich bekanntlich gegen die badische Regelung ausgesprochen.

## Die Rechte der ausgeschiedenen weiblichen Beamten

Im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf über die Regelung der Beamtengehälter taum auch der Antrag der Abg. Nigel u. Gen., die Rechte der ausgeschiedenen weiblichen Be-

amten betr., zur Beratung. Dabei führte die Antragstellerin nach dem amtlichen Landtagsbericht aus:

Ein zweiter Antrag Nigel und Gen. will ein Wiederaufleben der Pension für ausgeschiedene verheiratete weibliche Beamte erreichen. Dazu ist vielleicht eine kleine Erklärung notwendig. In der Abbaubestimmung waren ja die weiblichen Beamten so behandelt worden, daß es hieß: „Weibliche verheiratete Beamte sind zu entlassen.“ Und die Frist ihrer Entlassung wurde auf 4 Wochen gesetzt. Das war eine außerordentlich hart treffende Maßnahme, namentlich nachdem ja die Reichsverfassung von Weimar die verheirateten Beamtinnen grundsätzlich gleichberechtigt erachtet hatte, mit allen anderen männlichen oder weiblichen Beamten. Eine Reihe von Beamtinnen, die verheiratet waren, die 20, 25, 30 und mehr Dienstjahre hatten, und denen einzelne Städte sogar versichert hatten, daß sie trotz ihrer Verheiratung im Besitz aller ihrer erworbenen Rechte bleiben würden, wurden durch diese Abbaubestimmung alle erworbenen Rechte gestrichen, auch die erdiente Pension. Diese Beamtinnen empfinden es als ein Unrecht, als eine Härte, als einen einseitigen Vertragsbruch von Seiten des Staates, daß sie nun nach langer, treu geleisteter Dienstzeit aus dem Staatsdienst austreten müssen, ohne auch nur den kleinsten Anspruch auf die erdiente Pension zu haben. Da aber beim Abbaugesetz ihre Versorgung durch die Ehe die Grundlage bildete, so daß man sagte: es geht in der Zeit der Not, wo es ein Glück bedeutet, überhaupt eine Stelle zu haben, die Brot trägt, nicht an, daß der Staat Mann und Frau Gehälter ansbezahlt und daß zwei Lebensversorgungsplätze durch Mann und Frau in eine Familie hineinkommen — hat man diese harte Bestimmung getroffen.

Wir wissen nun wohl, daß es nicht zu erreichen sein wird, diesen verheirateten Beamtinnen, die ausgeschieden sind, in dieser Zeit der Not des Reichs und der Länder die erdiente Pension zu erlassen. Aber wir wollen mit diesem Antrag wenigstens das bewirken, daß wenn diese Beamtinnen durch Auflösung der Ehe, durch Tod des Ehemannes oder durch irgendwelche Schicksalschläge in veränderte Verhältnisse kommen, die erdiente Pension wieder aufleben kann. Der Antrag, den wir gestellt haben, lautet daher:

„Der Landtag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, sie möge in Artikel 14 der Personal-Abbau-Bestimmung vom 27. Oktober 1933 eine Bestimmung des Inhalts aufnehmen, daß die Rechte der ausgeschiedenen weiblichen Beamten auf Ruhe- bzw. Unterhaltungsgehalt wieder aufleben, wenn die mit der Verheiratung eingetretene wirtschaftliche Versorgung durch Auflösung der Ehe oder in anderer Weise wegfällt.“

Der Antrag wurde mit allen Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen angenommen.

## Zeitschriftenschau

Die „Lebenden Wälder“, das beliebteste und in der ganzen Welt bekannte Wälderblatt, eröffnen ihren neuen, den 40. Jahrgang mit einer besonders prächtig ausgestatteten Neuenummer. Reichhaltige Bilder von Ehrenberger, Heiligenhaed, Dombröski, Fontan, Jacobson, Wellner, Simmel und Eier, köstliche Textbeiträge von Alexander Rosztowski, Rudolf Preiser, Georg Mühlenschulte, Koellingshoff u. a. machen die farbenfrohe Nummer zu einem fröhlichen Genossen, mit dem es sich vergnügen in's neue Jahr hineinzuführen läßt.

## Was der Beamte für Familie u. Haushalt benötigt

Nur noch Philippstr. 19  
(Keinen Laden mehr)  
ist das seit 25 Jahren bestehende  
**Möbel- u. Betten-Haus**  
**Heinrich Karrer**  
Straßenbahnlinie 1 und 2  
Eigene Schreinerei und Polsterwerkstätte  
Kein Laden — daher billige Preise  
Große Auswahl in Qualitätsmöbel aller Art  
Zahlungs-Erleichterung  
Bitte genau auf die Firma zu achten  
**Karlsruhe - Mühlburg**

**Möbel** Speisezimmer  
Herrenzimmer  
Schlafzimmer  
Küchen  
einzelne Möbelstücke  
in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus  
**Maier Weinheimer**  
Karlsruhe — Zahlungs-Erleichterung, Kronenstr. 32

**JEDER BEAMTE**  
deckt seinen Bedarf in **Lebensmitteln**,  
sowie **Wasch- und Putzmitteln** am  
vorteilhaftesten bei  
: : 3336

**B. Rau, Großhandlung, Karlsruhe**  
Bürgerstraße 6 — Telefon 1629  
Behörden erhalten Vorzugspreise

Färberei u. chem. Waschanstalt  
Telefon **D. Lasch** Telefon  
1953 1953  
reingt und färbt alle in dieses Fach einschlagende Gegenstände  
Prompte Bedienung — Mäßige Preise —  
3340

**Spezialhaus in G. 355**  
Herren- u. Damenkleiderstoffe  
Seidenstoffe Aussteuerartikel  
**Wilh. Braunagel**  
Herrenstr. 7 — Herrenstr.  
zwischen Kaiserstraße und Schloßplatz.

**Kriegsstr. 200**  
(ehemaliges Proviantamt - gleich bei der Westendstr.)  
befindet sich **jetzt** unser  
**Hauptgeschäft**  
**Möbelhaus**  
**E. Karrer & Sohn**  
Laden: Ecke Kaiser- und Douglasstraße  
Zahlungs-Erleichterung  
3335

## Bezugsquellen für den Bedarf der Behörden

**G. BRAUN** G. M. B. H. **KARLSRUHE**  
vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag  
Karlriedrichstraße 14  
Herstellung von Druckerarbeiten  
für staatliche und städtische Behörden

**Uniformen** für Polizei- u. Gemeindebeamte, Feuerwehrkorps,  
Zoll- u. Finanzbeamte, Eisen- u. Straßenbahner,  
Feld- u. Waldhüter, sowie Berufsbeamtene aller Art  
**Albert Hilbert, G. m. b. H., Rastatt**  
Süddeutsche Bekleidungs-Industrie  
Filiale: Ludwigshafen a. Rhein, Bismarckstraße 40.

**GEBRÜDER BACHERT**  
KARLSRUHE i. B.  
Liststr. 5 — Tel. 443 3334  
Glocken- und Metallgiesserei  
Eisen- und Tempelgiesserei